Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/2606

Beratende Versammlung des Europarates
Deutsche Delegation

Bericht

über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 29. Januar bis 2. Februar 1968 in Straßburg

Der dritte Teil der 19. ordentlichen Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates begann mit einer Debatte über europäische Raumfahrtpolitik, in der der italienische Wissenschaftsminister Rubinacci und der britische Minister für Technologie Wedgwood Benn ebenso wie die Berichterstatter und Redner der Versammlung auf die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet hinwiesen und eine erfreuliche Bereitschaft der europäischen Regierungen zur Kooperation feststellen zu können glaubten. Die deutsche Rednerin, Abg. Frau Dr. Maxsein (CDU/CSU), hob es als besonders vielversprechend hervor, daß die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien nicht nur in den Äußerungen maßgebender Politiker, sondern in gemeinsamen Entwicklungsplänen der Industrie bereits konkrete Formen angenommen habe; ebenso bedeutungsvoll seien die Impulse, die neuerdings von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für technologische Zusammenarbeit ausgingen und in die zweifellos Großbritannien miteinbezogen werden müsse; auf Expertenebene könnten hier fruchtbare Gespräche aufgenommen werden, namentlich auf den Sektoren Computer, Elektronik und friedliche Nutzung der Kernenergie; diese Gespräche würden sich auf den europäischen Einigungsprozeß in Zukunft nur günstig auswirken.

Der von dem britischen Labourabgeordneten Edelman ausgearbeitete und seinem Fraktionskollegen Edwards vorgelegte Bericht des Politischen Ausschusses versuchte einen Überblick über die verschiedenen Probleme zu geben, denen Europa als Ganzes und die einzelnen Länder heute gegenübergestellt sind; dabei war man sich einig, daß Europa keine Aussicht habe, in der Weltpolitik den Supermächten und den anderen Kontinenten gegenüber die Rolle zu spielen, die ihm eigentlich zustehe, solange es in sich nicht einig und geschlossen sei.

Abg. Dr. Rutschke (FDP) beschäftigte sich in seinem Beitrag vor allem mit dem Teil des Berichts, der sich auf das Erscheinen einer neuen nationalistischen Partei in der Bundesrepublik bezog; seiner Meinung nach würden diese an sich natürlich unerfreulichen und unerwünschten Erscheinungen außerhalb der Bundesrepublik weit überbewertet; abgesehen davon, daß es sich hier immer noch um eine Minderheit handele, hätte die Partei weder ein ernstzunehmendes Programm noch Persönlichkeiten von einigem Format; ihre Anhänger seien vor allem Unzufriedene, wie es sie überall gebe und wie solche auch in anderen Staaten gelegentlich kurzdauernde Erfolge zu verzeichnen gehabt hätten. Es könne allerdings auch nicht übersehen werden, daß nicht nur in Europa der Nationalismus wieder Fortschritte mache; das lange Warten auf die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Integration trage natürlich dazu bei, daß auch in der Bundesrepublik nationalistische Tendenzen Nahrung erhielten, und es sei erwiesen, daß solche radikalen Gruppen vom Ausland nicht nur verbale Unterstützung erhielten; trotzdem hätten diese radikalen Gruppen bei weitem nicht das Gewicht, das man ihnen im Ausland zuzuschreiben scheine, und vor allem seien sie zahlenmäßig mit den radikalen Parteien in anderen europäischen Ländern überhaupt nicht zu vergleichen.

Auch Abg. Dr. Kliesing (Honnef) (CDU/CSU) war der Meinung, daß man diese Entwicklung weder bagatellisieren noch überbewerten solle, daß es aber ebenso angebracht erscheine, eine Reihe von linksradikalen Erscheinungen in der Bundesrepublik kritisch zu prüfen. Der Redner ging dann auf die Frage des Beitritts Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt ein, die seiner Meinung nach noch keineswegs von der Tagesordnung gestrichen sei; vor allem sehe er in der Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet echte Chancen, und wenn er eine

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

europäische technologische Gemeinschaft neben den bereits bestehenden Gemeinschaften nicht für realisierbar halte, so scheine ihm doch eine Mitgliedschaft Großbritanniens in Euratom denkbar; auf diesem Wege könne England mit seiner technologischen Potenz ohne Diskriminierungen allmählich in die EWG hineinwachsen. Zweifellos seien hier auch noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, aber wenn der politische Wille vorhanden sei, könne auch ein Weg gefunden werden.

Abg. Kahn-Ackermann (SPD) ging davon aus, daß zwar im Augenblick an direkte Beitrittsverhandlungen nicht zu denken sei, daß es aber eine Reihe von Gebieten gebe, die eine Zusammenarbeit unter den Zehn durchaus als möglich erscheinen lasse, ohne daß dadurch das Gefüge der Römischen Verträge erschüttert werde; den Vorschlag einer technologischen Gemeinschaft halte er für durchaus erwägenswert; auch die französische Regierung scheine sich hier einer institutionellen Zusammenarbeit nicht zu widersetzen. Für die Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA ließen sich ebenso neue Formen finden wie für eine gemeinsame Organisation der europäischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen den Entwicklungsländern gegenüber. Es gebe bereits eine Reihe von europäischen Institutionen, die nur mit neuem Leben erfüllt werden müßten, um echte europäische Politik machen zu können; er erinnerte an den Rat für kulturelle Zusammenarbeit oder die Westeuropäische Union, in der das Problem der gemeinsamen Waffenproduktion immer noch nicht ernsthaft in Angriff genommen sei.

Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) hielt trotz der vielen Enttäuschungen der letzten Monate den Augenblick für gekommen, der europäischen Idee neue Impulse und der Arbeit an Europa ein konkretes Ziel zu geben; die europäische Integration sei keine Zukunftsutopie, sondern eine Gegenwartsaufgabe; und diese Aufgabe müsse von der Beratenden Versammlung in Angriff genommen und in die nationalen Parlamente weitergetragen werden; es sei die Schuld dieser Parlamente, daß sie sich die permanente Verletzung der Römischen Verträge durch die Regierungen schon seit vielen Jahren hätten gefallen lassen. Nun müsse ein neues Integrationswerk angestrebt werden, in das alle die Komplexe einbezogen werden sollten, die in den Römischen Verträgen nicht eindeutig geregelt seien. Dieser Plan müsse von der Beratenden Versammlung ausgearbeitet und sofort in Angriff genommen werden; einen entsprechenden Antrag habe er mit mehreren Kollegen eingebracht, die mit ihm der Überzeugung seien, daß das Schicksal der parlamentarischen Demokratie aufs Spiel gesetzt werde, wenn weiterhin der Prozeß der Integration in so nachlässiger und unwürdiger Weise behandelt werde. Innerhalb des Europarates müsse ein Energie- und Arbeitszentrum entstehen, das das Modell einer europäischen Konstitution zu entwerfen und die Öffentlichkeit zu alarmieren habe. Der politische Ausschuß der Beratenden Versammlung wird sich mit dem eingebrachten Antrag in seinen nächsten Sitzungen befassen.

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) unterstützte die Ausführungen von Abg. Dr. Schulz (Berlin); Europa könne nur eine Rolle spielen, wenn es zur Zusammenarbeit bereit sei, das habe er gerade erst auf seiner Asienreise feststellen können; man dürfe jedoch nicht alles Heil von neuen Institutionen erwarten; nicht nur die Regierungen, auch die großen Industriefirmen könnten nach neuen Formen der Zusammenarbeit suchen. Er wolle auf ein Abkommen hinweisen, das unlängst zwischen großen Industriefirmen der Bundesrepublik und der Benelux auf dem Gebiet der Reaktorindustrie abgeschlossen und dann von den zuständigen Regierungen gebilligt und bekräftigt worden sei. Man habe das nicht genügend gewürdigt, aber er sei überzeugt, daß hier ein neuer Weg beschritten worden sei, der vielleicht zu keinen sensationellen aber wahrscheinlich zu dauerhaften und konkreten Ergebnissen führen werde.

Im Rahmen der politischen Debatte fand außerdem eine längere Diskussion über Griechenland statt; ein Bericht von Mitgliedern der Beratenden Versammlung, die sich an Ort und Stelle informiert hatten, bildete die Grundlage der Diskussion; Abg. Blachstein (SPD) begrüßte die Objektivität des Berichtes, der zahlreiche Tatsachen enthalte, die zu äußerster Skepsis hinsichtlich der Versprechungen der gegenwärtigen Machthaber in Griechenland Anlaß gäben; deshalb sei ihm die Haltung der Westmächte unverständlich, die die jetzige griechische Regierung diplomatisch anerkannt hätten, ohne auch nur ihr Bedauern über die herrschenden Zustände und die Forderung nach Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen. Der Redner forderte die Einstellung der Waffenlieferungen und der Wirtschaftsverhandlungen bis zur Wiederherstellung demokratischer und konstitutioneller Verhältnisse; er halte das Verbleiben einer Militärdiktatur in einer internationalen demokratischen Gemeinschaft wie dem Europarat für undenkbar. Auch Abg. Dr. Schulz (SPD) warnte davor, dem Militärregime Zugeständnisse zu machen, die sich nachträglich als ebenso verhängnisvoll erweisen könnten, wie sich das Zögern der europäischen Staaten in den ersten Jahren der Hitlerdiktatur zu unser aller Schaden verhängnisvoll genug ausgewirkt habe.

Abg. Blumenfeld war der Meinung, daß es nicht mit einer summarischen Verurteilung des gegenwärtigen griechischen Regimes, das er selbst weder als demokratisch noch als glücklich ansehe, getan sei, vielmehr komme es darauf an zu überlegen, wie auf dem schnellsten und besten Wege Griechenland wieder zur Demokratie zurückgeführt werden könne. Man solle es vermeiden, den Griechen schulmeisterlich vorzuschreiben, welches die ideale Form der Demokratie sei, sonst gerate man in die Gefahr, den Fehler zu begehen, der den Amerikanern allenthalben vorgeworfen wird, nämlich die eigene moralische Position allzusehr zu strapazieren. Es gebe auch immer mehr Anzeichen dafür, daß die Militärjunta zu Zugeständnissen bereit sei und er halte es für vernünftiger, ihr eine Chance zu geben, als sie von vornherein zu verurteilen.

Aufgrund eines Dringlichkeitsantrages, der von Abg. Frau Klee (CDU/CSU) zusammen mit einigen anderen Abgeordneten eingebracht wurde, nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, wie sie in den Schriftstellerprozessen in Moskau evident geworden, aber auch in anderen Teilen Europas gelegentlich festzustellen sei, verurteilt wird.

Die ausgedehnte Debatte über Rechtsfragen wurde eingeleitet durch eine Rede von Bundesjustizminister Dr. Heinemann, der auf die bedeutenden Verdienste des Europarats auf dem Gebiete der Rechtsvereinheitlichung hinwies und die Entwicklung der Rechtsprechung in der Bundesrepublik namentlich hinsichtlich des Persönlichkeitsrechts und des Schutzes der privaten Sphäre aufzeigte. Der Europarat tue gut daran, sich auch dieser Fragen anzunehmen, die ganz unmittelbar den großen Komplex der Menschenrechte und Grundfreiheiten berühren. Er machte außerdem auf die wichtigen Arbeiten des Europarates zur Harmonisierung und Weiterentwicklung des Patentrechtes aufmerksam, auf solche Weise komme man allmählich zur europäischen Rechtsgemeinschaft, die das Endziel bleiben müsse.

Abg. Dr. Wahl (CDU/CSU) nahm in der Rechtsdebatte zu verschiedenen Fragen Stellung, die namentlich die Wirksamkeit der Menschenrechtskonvention betreffen; diese Konvention greife soweit auf das innerstaatliche Recht über, daß noch eine Reihe von grundsätzlichen und speziellen Fragen zu klären seien, ehe sie zu voller Wirksamkeit kommen könne; in diesem Sinne sollte der Europarat bzw. sein Generalsekretär sich bemühen, durch gezielte Einzelfragen an die Unterzeichnerstaaten zur Erhellung dieses großen Fragenkomplexes beizutragen. Der Redner machte ferner auf die Gefahr aufmerksam, die darin bestehe, daß sich der Europarat bei den zahlreichen Rechtsproblemen, die sich bei der überschnellen Entwicklung auf allen modernen Lebensgebieten zur Lösung aufdrängen, ein Arbeitsprogramm zumutet, das er kaum noch bewältigen könne. Einer Aufgabe dürfe er sich allerdings nicht versagen, er müsse versuchen, eine einheitliche Auslegung seiner Konventionen durch die nationalen Gerichte zu erreichen, was bisher noch nicht gelungen sei und wodurch die Gleichheit der Europäer vor dem Recht des Europarates gefährdet erscheine. Der Redner schlug die Schaffung einer europäischen Auslegungskommission vor.

Ein Hauptpunkt der Tagesordnung der Januar-Sitzung war die Stellungnahme der Versammlung zum intergouvernementalen Arbeitsprogramm des Ministerkomitees. Abg. Dr. Schulz (Berlin) (SPD) faßte als Generalberichterstatter die von den einzelnen Ausschüssen erarbeiteten Stellungnahmen zu den einzelnen Teilen dieses Programms zusammen, das er als eine Zukunftsprojektion bezeichnete, deren Verwirklichung von der Dynamik und Bereitschaft des Europarates abhinge, mit den zahlreichen Problemen fertig zu werden, die von vielen Seiten an ihn herangetragen werden. Das Programm zwinge sowohl die Organe des Europarates zu einem neuen Selbstverständnis zu finden wie es zu einem Test für die Glaubwürdigkeit der eigenen Arbeit werden müsse, weil es dazu herausfordere, Europa praktisch zu verwirklichen. Wenn andere Organisationen sich vielleicht schon modernerer Arbeitsmethoden bedienten, so habe der Europarat mit seiner parlamentarischen Versammlung die unvergleichliche Möglichkeit, politische Impulse zu geben und Entscheidungen zu treffen. Wenn er die große politische Tat, die man ursprünglich von ihm erwartet hatte, noch nicht vollbracht habe, so müsse er jedenfalls jetzt daran gehen, den europäischen Unterbau zu festigen, auf dem sich in gar nicht so ferner Zeit der politische Überbau erheben könne; Förderung des kulturellen Fortschritts, Schaffung zeitgemäßer Rechts- und Verwaltungsstrukturen, moderne Raum- und Lebensordnungen und vor allem eine großzügige europäische Wissenschaftspolitik seien die Aufgabengebiete, die mit aller Dringlichkeit bewältigt werden müßten. Bessere Kooperation innerhalb der Organe des Europarates, mit den internationalen Organisationen und mit den nationalen Fachministerien seien eine ebenso wichtige Voraussetzung für einen echten europäischen Fortschritt, wie die bessere Zusammenarbeit zwischen der Versammlung und dem Ministerkomitee und außerdem wäre ohne die intensive Heranziehung der Wissenschaften die Verwirklichung eines so immensen Programms kaum denkbar.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur- und Jugendfragen begrüßte es Abg. Kahn-Ackermann (SPD), daß das Arbeitsprogramm eine besondere Aktivität auf dem kulturellen Sektor vorsieht und bedauerte gleichzeitig, daß die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht ausreichen; um die Aufgaben durchzuführen, die in einer sich neu formierenden Gesellschaft zu lösen sind. Abg. Flämig (SPD) begrüßte es, daß als eines der vier großen und vordringlichen Arbeitsgebiete des Europarates im neuen Programm die europäische Raumordnung vorgesehen sei; eine Konferenz der für Fragen der Raumordnung zuständigen nationalen Minister müsse baldigt einberufen werden, um die Richtlinien aufzustellen, nach denen eine europäische Raumordnungspolitik ausgerichtet werden könne. In diesem Zusammenhang meldete Abg. Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (CDU/CSU) als Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses den Anspruch der ländlichen Gemeinden an, ein Wort bei den europäischen Raumordnungsprojekten mitzureden. In anderem Zusammenhang bedauerte der Redner, daß keiner der nationalen Landwirtschaftsminister vor der Versammlung erschienen sei in einem Augenblick, da die Landwirtschaft in den EWG-Ländern sich in einer ausgesprochen schwierigen Lage befinde und vor Entwicklungen stehe, die die bestehende Agrarstruktur und den bäuerlichen Familienbetrieb bester europäischer Tradition in Frage stellen könne. Die Probleme, die z. B. mit den neuen Formen der Tierhaltungstechnik auf uns zukommen, seien so vielschichtig, daß man sich schon heute ernsthaft damit auseinandersetzen müsse, wenn sich auch die traditionelle Viehwirtschaft noch Jahre und Jahrzehnte bei uns halten werde.

Zu dem vom Generalsekretär des Welternährungsprogramms Dey vorgelegten Tätigkeitsbericht seiner Organisation führt Abg. Frau Herklotz aus, daß die Welternährungslage trotz vielseitiger tech-

nischer und materieller Hilfe sowohl der Weltorganisationen wie der einzelnen Länder unverändert prekär sei und voraussichtlich auch noch für Jahrzehnte so bleiben werde. 15 % der Weltbevölkerung leide ständig unter Hunger. Das Welternährungsprogramm begnüge sich nicht mit der Lieferung von Nahrungsmitteln sondern verwende einen großen Teil seiner Mittel für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion in den Entwicklungsgebieten und gebe allen beteiligten Geber- und Empfängerländern die Möglichkeit, auf die Durchführung der Projekte Einfluß zu nehmen. Die Rednerin forderte schließlich die Mitglieder der Versammlung auf, ihre Regierungen für die weitere Durchführung des Welternährungsprogramms zu interessieren.

Zu Beginn der Tagung wurden folgende Um- bzw. Neubesetzungen innerhalb der deutschen Delegation bei der Beratenden Versammlung notifiziert: Abg. Dr. Rinderspacher (SPD) wird ordentliches Mitglied; als neue stellvertretende Mitglieder gehören die Abgeordneten Sander (FDP), Dr. Müller (München) (SPD) und Dr. Schmidt (Offenbach) (SPD) der Versammlung an.

Der Sprecher der deutschen Delegation

Dr. Serres

Der stellvertretende Sprecher

Dr. Schulz (Berlin)